



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Samstag, den 14. Januar 1888.

Nr. 23.

## Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Der Kaiser nahm am heutigen Vormittag, nach einer recht gut verbrachten Nacht, zunächst den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher entgegen, arbeitete darauf längere Zeit gemeinschaftlich mit dem Kriegsminister, Generalleutnant Bronsart v. Schellendorff, und dem Chef des Militär-Kabinetts, General der Kavallerie und General-Adjutant v. Albetz, und erledigte als dann Regierungs Angelegenheiten.

Mittags um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr erschien der erlauchte Monarch beim Vorbeimarsch der neu aufziehenden Stadtwache, welche vom Garde-Füsilier-Regiment gestellt wurde, nach mehrtägiger Unterbrechung zum ersten Male wieder am Fenster seines Arbeitszimmers und wurde bei seinem Erscheinen von dem vor dem königlichen Palais überaus zahlreich versammelten Publikum mit enthusiastischen Hochrufen begrüßt. Im Laufe des Nachmittags arbeitete Se. Majestät dann noch längere Zeit mit dem Staatssekretär des Aeußern, Grafen Herbert v. Bismarck.

Zum Diner waren zu heute keine Einladungen ergangen.

Ueber das Befinden des Kaisers verlautet, daß die Besserung in der allererfreulichsten Weise fortschreitet und deshalb der erlauchte Monarch am heutigen Tage auch bereits zeitiger das Bett verlassen konnte.

Die überaus kräftige Natur unseres Kaisers hat auch diesmal die Indisposition, welche sich aus dem alten Nierenleiden zeitweise ergibt, schnell und stetig überwunden. Das Befinden des greisen Monarchen ist wieder ein vorzügliches und gestattet bei einiger Schonung eine Aufnahme der üblichen Staatsgeschäfte in dem bisherigen Umfange. Die Aerzte raten um so mehr zur Schonung, als der Kaiser den dringenden Wunsch hegt, an dem in der nächsten Woche stattfindenden Ordensfeste persönlich theilzunehmen. Die „Magdeburger Zeitung“ weiß zu berichten, daß das Mittel, welches die Aerzte bei der Nierenaffektion des Monarchen anzuwenden pflegen, Grüns- und gute Wirkung gehabt hat.

Die Kaiserin war gestern in einer Vorstands-Sitzung des Frauen-Lazareth-Vereins im Augusta-Hospital anwesend. Heute stattete die Kaiserin der Fürstin Mathilde Radziwill zu ihrem Geburtstage einen Glückwunschbesuch ab und unternahm später eine Spazierfahrt.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute das nachstehende ärztliche Bulletin:

S a n a k e m o, 13. Januar, 8 Uhr Morgens.

Die Krankheitserscheinungen bei Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen bestanden während der letzten zwei Wochen in etwas stärkerer Schwellung der linken Kehlkopfhalbinsel und von dort aus sich etwas allgemeiner ausbreitender entzündlicher Reizung der Kehlkopfschleimhaut. Gleichzeitig war stärkere Schleimabsonderung vorhanden, welche, wie die Entzündung, jetzt wieder im Verschwinden begriffen ist. Das Allgemeinbefinden ist recht gut.

Schrader. Krause. Hovell.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck wird Mitte der nächsten Woche aus Friedrichruh in Berlin eintreffen.

Die Antwort des Erzbischofs von Posen auf die ihm in Angelegenheit des polnischen Religionsunterrichts überreichte Polen-Adresse liegt jetzt dem Vortragsnach im „Kur. Pozn.“ vor. Sie ist viel verbindlicher gehalten, als die erste Inhaltsangabe vermuthen ließ. Der Erzbischof erwiderte den polnischen Herren Folgendes:

„Noch ehe ich in die Erzbischofs-Seele Posen kam, bemühte ich mich darum, daß Ihren Kindern in den Gymnasien der Religionsunterricht wieder erteilt würde und ich forderte, daß wenigstens in den untern Klassen die Religionslehre in der Muttersprache zu erfolgen habe. Leider sind meine Bemühungen in dieser Hinsicht erfolglos geblieben und nach langen Verhandlungen mochte ich nur das erreichen, daß beim Religions-Unterricht die polnische Sprache neben der deutschen zugelassen wurde. Es versteht sich von selbst, daß die Vorbereitung zu den Sacramenten nur in der Muttersprache vor sich gehen kann. Ich konnte es nicht gleichgültig m. ansehn, daß die Kinder ohne Religion heranwachsen und mo-

ralisch verwildern sollten. Gleichwie Sie hat mich die Verfügung schmerzlich berührt, welche die polnische Sprache in den Elementarschulen verbietet. Aber ich habe von der Regierung die Versicherung, daß jene Verfügung sich auf die Ertheilung des Religions-Unterrichts nicht bezieht. Was an mir liegt, so werde ich darauf achten, daß die Kinder in diesen Schulen die Wahrheit des Glaubens nur in der Muttersprache erlernen. Seien Sie versichert, meine Herren, daß ich alles thun werde, was meine bischöfliche Pflicht mir befiehlt, aber berücksichtigen Sie auch, daß meine Hände gebunden sind und ich nicht schuld bin, wenn meine Bemühungen keinen Erfolg haben. Ich bitte Sie, zu mir als Ihrem Erzbischof Vertrauen zu haben und in diesem Sinne auf Ihre Mitbürger einzuwirken.“

Der Bundesrath verhandelte in der am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Staats-Ministers, Staatssekretärs des Innern, von Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung über eine Eingabe, betreffend die beabsichtigte Erlangung eines amerikanischen Patents vor einem deutschen Gericht abgeleiteten Eide, sowie über mehrere Eingaben wegen Abänderung der Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetze. Dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, wurde in unveränderter Fassung, dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1888-89 mit den von den Ausschüssen für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen vorgeschlagenen Abänderungen die Zustimmung erteilt. Von der Zusammenstellung der Geschäfte des Bundesamts für das Heimathwesen im Geschäftsjahr 1886-87 und von der Denkschrift, betreffend die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze sowie dem dazu vom Reichstage gefassten Beschluß nahm die Versammlung Kenntniß, erklärte sich mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen über das Theilungsverfahren zu dem gerichtlichen Verlauf von Liegenschaften an die Ausschüsse für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen einverstanden und übergab die Vorlage, betreffend die weitere Ausprägung von Kronenmünzen, den in erster Lesung festgestellten Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs, den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über das Hoheitsverfahren und den Antrag Badens, betreffend den Veredelungsverkehr mit gefärbten Seidenknäueln, den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung. Für die erledigte Stelle eines Mitglieds d. „disziplinarkammer für Elsaß-Lothringische Beamte und Lehrer zu Kolmar“ wurde die erforderliche Ersatzwahl vorgenommen.

An Stelle des Abg. Hasenclever, dessen Entmundigung, wie bereits gemeldet, bevorsteht, soll, wie die Blätter melden, als sozialdemokratischer Kandidat im 6. Berliner Reichstagswahlkreise Herr Liebknecht aufgestellt werden.

Der australischen Föderation haben sich bekanntlich außer Neuseeland die wichtigsten Kolonien auf dem australischen Kontinente selbst, Süd-Australien und Neu-Süd-Wales, noch nicht angeschlossen. Der australische Bundesrath wird nun am 16. in Habertown, der Hauptstadt der Insel Tasmanien, zusammentreten, um zu berathen, wie der Anschluß der noch außerhalb des Bundes stehenden drei Kolonien erzielt werden kann.

Großes Aufsehen in den Vereinigten Staaten Amerikas erregt eine Predigt, welche der Generalvikar von Newyork, Vater Preston, am Tage des Jubiläums des Papstes hielt, und welcher er die bekannte Stelle des Matthäuse: „Du bist Petrus“ etc. zu Grunde legte. Der Redner sagte: „Man darf nicht denken, wie es Einem beliebt, sondern man muß durchweg als Katholik denken. Derjenige, welcher sagt: „Ich will meinen religiösen Glauben von Petrus, aber meine politischen Ansichten nicht von Petrus nehmen, ist kein treuer Katholik“. Dieser Ausspruch, welcher die Herrschaft des Papstes über die Geister auch in rein weltlichen, speziell politischen Angelegenheiten proklamirt, wird in der amerikanischen Presse lebhaft diskutiert.

Der Finanzaußschuß der bayerischen Abgeordneten-Kammer genehmigte, wie aus München gemeldet wird, bei der Berathung des Justiz-Etats die Summe von 5000 Mark zum Zweck von Entschädigungen für unschuldig erlittene Haft.

Justizminister Freiherr von Leonard gab im Laufe der Debatte nähere Aufschlüsse und theilte bei dieser Gelegenheit mit, daß im gesammten Königreiche in der Zeit von 1873-1883 55 Personen im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen worden seien, von denen 13 die Strafe ganz oder theilweise abgehört hatten. Wie viele Jahre diese 13 nachträglich freigesprochenen unschuldig im Gefängnis oder Zuchthaus zugebracht, fand der Minister nicht für nöthig, hinzuzufügen. Was den Mobus der Entschädigung anbetreffe, so solle nach seiner Erklärung solche unbedingt geleistet werden, wenn in dem Wiederaufnahme-Verfahren durch Urtheil festgestellt ist, daß die That überhaupt nicht verübt wurde, oder daß derjenige, welcher verurtheilt wurde, die That nicht verübt habe; zweifelhaft sei die Entschädigung, wenn die Freisprechung nur auf Grund des Beweismangels erfolgt sei. Eine Entschädigung für unschuldig erlittene Unterdrückung solle nur in Ausnahmefällen nach genauer Prüfung des Falles gewährt werden. Bemerkenswerth ist, daß, während die liberalen Abgeordneten Freiherr von Stauffenberg und Frankenberg die Vorlage mit Freuden begrüßten und der Erstere seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß nach derselben ein Rechtsanspruch auf Entschädigung nicht gegeben sei, der ultramontane Parteiführer Daller dafür plaidirte, daß bezüglich der Höhe der Entschädigung möglichst enge Schranken gezogen werden müßten!

Aus Petersburg vom 13. Januar wird gemeldet:

Der Bericht des Finanzministers zum Budget erklärt, die Vermehrung der Ausgaben sei durch die Bedürfnisse der Staatskassa und die erhöhten Aufwendungen für Pensionen und Volksaufklärung bedingt. Beim Militär-Resort hätten sich die Ausgaben im Einklange mit der friedlichen Politik Russlands vermindert. Der Ueberwuchs der Einnahmen lasse sich aus der günstigen Wendung der ökonomischen Verhältnisse erklären, jedoch berechtigten diese Verhältnisse nicht zu der allgemeinen Schlussfolgerung, daß die wirtschaftliche Lage endgültig gebessert wäre; es bleibe noch Manches zu thun, um durch anhaltende Arbeit und Sparsamkeit die Abschaffung der bestehenden Hemmnisse für den Ackerbau, den Handel und die Industrie, sowie verschiedene ungünstige Einwirkungen auf die wirtschaftliche Lage abzuwenden. Die eingetretene Besserung habe der Finanzverwaltung die Pflicht auferlegt, das Defizit zu beseitigen, welches 1886 51 Millionen betragen habe, 1887 aber mit 36 Millionen besetzt gewesen sei. Das Gleichgewicht des Budgets habe sich nicht durch eine bloße Verminderung der Ausgaben erzielen lassen; es habe sich vielmehr die Nothwendigkeit erwiesen, die Einnahmen ohne Schädigung der Produktionskräfte der Bevölkerung zu erhöhen. Die Gesamtheit der in Aussicht genommenen Maßregeln soll die Einnahmen um 52 Millionen Rubel steigern. Im Budget seien aber nur 30,200,000 Rubel eingestellt, theils weil einige Maßregeln nicht am Beginn des Jahres in Kraft treten werden, theils weil bei jeder neuen Besteuerung ein gewisser Theil der zu besteuerten Gegenstände oft der Besteuerung sich entziehe, endlich weil manche Steuererhöhung den Konsum einschränken könne.

Unter der Rubrik „Die Lage“ schreibt die „Nat.-Ztg.“:

Bei dem Reichthum an diplomatischen Mitteln eine Frage anzufassen und dem nicht minder großen Ueberfluß an publizistischen Wendungen, dieses Ansehen wie einen Luftschiff zu gestalten, lassen oder als kompakte Thatfache vorzuführen, verzichten wir auf eine Kritik der sich kreuzenden Meldungen über die „Bewegung“ in der bulgarischen Frage. Ausland scheint nicht aus der Reserve hervorzugehen, ehe es darüber sicher ist, was Oesterreich zugestehen denkt, und in Oesterreich ist es ausnehmend die Zweifelsentheorie, welche das Terrain beherrscht. Wenn es sich darum handeln sollte, den Durchschnitt zu gewinnen zwischen den Diplomaten der Verhandlungen von Reichstadt und den Intrantsgenanten und Separatisten vom Pest, die immer noch wie Moritz Perczel die Revanche für Vilagos betreiben, so wäre das ein wenig aussichtsvolles Experiment. Nach der Haltung der englischen Presse ist man in London zu einer Verständigung bereit, deren

erstes Wort die Entfernung des Prinzen von Koburg ist. Aber man wünscht zu wissen, was das zweite Wort sein soll, und hierüber kann nur Ausland Auskunft geben. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

L i v e r p o o l, 13. Januar. Lord Salisbury hielt bei einem Banket der Konservativen eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die europäische Lage sich etwas gebessert habe; der Friede sei jedenfalls für die nächste Zukunft gesichert. Die Souveräne und ihre Minister widmeten ihre ganze Energie der Aufrechterhaltung des Friedens; er hoffe deshalb, derselbe werde schließlich erhalten bleiben.

W i e n, 13. Januar. Das „Fremdenbl.“ bespricht die gestrigen Auslassungen des „Journ. de St. Petersburg“ und der „Petersburger Börsen-Zeitung“ und bemerkt: Diese Stimmen sind gewiß geeignet, in der Publizistik wieder jene Stimmung zu verstärken, welche den Glauben an den Anbruch einer dauerhaften friedlichen Situation belebt hat.

Ein großer Massenprozeß, der sich gegen die Führer der Maurer-Lohnbewegung richtet, wird sich demnächst abspielen. Die Beschuldigung rührt, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, aus der Zeit, als die Maurer-Lohnbewegung sich als die stärkste in Deutschland erwies und zu den umfangreichsten Arbeitsverweigerungen führte. Das genannte Blatt erinnert an den Maurerausstand von 1885, an dem 14,000 Personen theilgenommen waren. Angeklagt sind gegen 40 Personen, darunter alle Führer der Fachvereins-Bewegung, welche seit mehreren Jahren aus Berlin ausgewiesen sind und vordem die Hauptrollen in der Arbeiterwelt gespielt haben. Die Angeklagten bildeten den Vorstand des Berliner Maurer-Fachvereins, des größten Fachvereins Deutschlands, und hatten die Führung in der Berliner Maurer-Press-Kommission, der Maurer-Lohn-Kommission und ferner die Agitations-Kommission in Hamburg besetzt. Diese Kommission übte die Leitung aller Arbeits-Verweigerungen in der Maurer-Lohnbewegung Deutschlands, sie erließ die Aufrufe, erhielt und vertheilte die Unterstützungsgelder und hatte das Recht, den Ausstand als einen offiziellen, für den das ganze Maurer-Gewerk Deutschlands einzutreten habe, zu erklären. Auch der Redakteur des „Bauhandwerks“, jenes einst vielgenannten Fachvereinsblattes, befindet sich unter den Angeklagten. Für die Beurtheilung der damaligen Gewerkschaftsbewegung wird der Prozeß Aufschlüsse bringen.

Ueber den neunten Verhandlungstag des Posener Sozialisten-Prozesses wird dem „B. L.“ berichtet:

Die Verhandlung begann mit der Vernehmung des Kriminal-Ober-Wachmeisters Döbler aus Leipzig. Derselbe ist speziell mit der Ueberwachung der sozialdemokratischen Partei in Leipzig beauftragt. Aus seinem Berichte ist hervorzuheben, daß der Vertrieb verbotener Schriften in Leipzig trotz Belagerungsstand und Sozialistengesetz ein ziemlich reger ist.

Der Literat Göstlin von Laack ist Vorsitzender des polnischen Handwerker-Vereins in Berlin. Zeuge erklärt, daß in diesem Verein sozialdemokratische Interessen nicht gepflegt werden. Als nächster Zeuge wird Zigarrenmacher Gaul gehört. Zeuge ist gegenwärtig Strafgefangener in Plöthen. Derselbe bekundet, daß er Kolporteur der von Herrn R. Conrad in Breslau herausgegebenen (später auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen) „Breslauer Volksstimme“ gewesen sei. Er habe einmal an Herrn Conrad einen Brief geschrieben, um von ihm den Aufenthaltsort des Angeklagten Janiszewski zu erfahren. Darauf sei ein Brief von Janiszewski aus Dresden eingetroffen, in welchem derselbe sich erklärt, sich als Reichstags-Kandidat aufstellen zu lassen.

Hiermit sind die Zeugenvernehmungen beendet bis auf die Vernehmung des noch zu erwartenden Berliner Zeugen, dessen Ladung gestern beschloffen wurde. Die Beweisaufnahme wendet sich wieder der Verlesung von Schriftstücken sozialistischen Inhalts zu. Die Offenlichkeit wird für die Dauer der Verlesung ausgeschrieben.

Es ist eine wahrhafte Odysee, so wird der „Köln. Ztg.“ aus London geschrieben, die



der britische Abgesandte Gervase Portal in Abyssinien durchgemacht hat. Er ist soeben in Kairo angelangt und erzählt seine Erlebnisse wie folgt. Nach langen Kreuz- und Querfahrten langte er in Begleitung des Majors Beech, eines abyssinischen Dolmetschers und seines englischen und abyssinischen Trosses in Amara im Hauptquartier des Ras Alula an und ward sofort gefangen genommen. „Ihr seid Spione, Helfershelfer der Italiener und wollt nur Zeit gewinnen; also bleibt ihr hier.“ Zehn Tage lang blieben sie in einer Zaria (einer leichten Verhinderung aus Erdwerk und Gestrüpp) eingeschlossen, bewacht von Soldaten, bis am 19. November ein Befehl des Negus anlangte, welcher die Abgesandten vor sich beschied. Ras Alula hatte zu gehorchen, schrieb aber Portal einen anderen Reiseweg über Berge, Flüsse und Ebenen vor, zeigte die Dörfer gegen ihn auf, damit er und seine Begleiter den König verfehlten. Endlich am 4. Dezember erreichten sie das Lager des Königs in Wolila und wurden zur Audienz zugelassen, wobei der König aber sein Haupt mit einem Schawl verhüllte. Alles ging gut; sie marschirten mit ihm nach Afshang und rüsteten sich nach einer längeren Unterredung am 7. zum Rückzuge, als plötzlich der König sie mit der eben eingetroffenen Nachricht von der Besetzung Saatis durch die Italiener anführte; wie sei das zu erklären. Neun Tage lang stand darauf Portals Verfehl mit dem Negus; am 16. aber, nachdem sie in seinem Gefolge bis Chelilot gekommen, erwiderte sich des Negus Herz. Er ließ Portal durch einen hohen Hofwürdenträger prächtig mit Ehrenkleidern herausgeben, ihm eine mit Silber- und Goldknöpfen verzierte Löwenmähne über die Schultern hängen, schenkte ihm Schwert und Schild und ein königlich aufgedäumtes Mantelstück und gab ihm zwei Briefe für die Königin mit auf den Weg. Am 17. zogen sie ab, fanden aber gegen Mitternacht sich von Wachposten umgeben und sahen deutlich, wie die Soldaten auf sie anlegten. „Du nimmst diesen auf's Korn und ich jene, und ihr dann die übrigen,“ hörte ihr Dolmetscher die Soldaten unter sich flüstern. Den Dolmetschen, den Portal darauf zum König abhandelte, banden die Soldaten an einen Baum fest, den Major Beech aber ließen sie ziehen; und der König, der dessen Botschaft empfing, ward wüthend und bedrohte den Besatzkatholiken mit dem Tode, falls dem Engländer ein Haar gekrümmt würde. Dadurch wurde endlich ihr Weg frei. Am 23. trafen sie bei Ras Alula ein, der sie aber wieder trotz Portals Löwenmähne einen Tag lang aufhielt und großlich behandelte; am 25. ließen sie auf die italienischen Vorposten. Die Sendung ist also gescheitert, und Portal wird sich mit der Löwenmähne trösten müssen, die ihn jedenfalls zum Helden und Löwen der nächsten Saison in London machen wird.

#### Ausland.

Wien, 10. Januar. In der allgemeinen Lage ist die Besserung zu verzeichnen, daß man neue Verstärkungen an den Grenzen nicht mehr heimlich vornimmt, sondern mit aller Höflichkeit einander vorher anzeigt und so gut begründet, daß der Gegner nicht umhin kann, ihre volle Berechtigung zuzugestehen und seinerseits ebenso loyal dasselbe thut. So geschah es mit dem letzten russischen Nachschub mehrerer Infanterie-Regimenter.

Die „Budapester Korrespondenz“ bringt angeblich aus Berlin die Meldung, die deutsche Regierung werde, sobald Fürst Bismarck in Berlin eintreffe, die österreichische Regierung zu Verhandlungen wegen eines Tarifvertrages einladen. Hier weiß man bisher in sonst unterrichteten Kreisen nichts davon, scheint auch dergleichen nicht zu erwarten, da es sich hier zunächst darum handelt, daß die parlamentarischen Körperchaften vor dem 15. Februar der Verlängerung des letzten Vertrages zustimmen. Vielleicht ist die Meldung ein Fühler des Herrn v. Tizza?

Hochwichtige Worte ertönten gestern im Prager Rumpflandtag. Auf der Tagesordnung stand der Haushalt Böhmens, aber der Abgeordnete Gregor warf zunächst die Frage auf, warum der Landtag seine eigene Bedeutung herunterdrücke und nicht jedes Jahr gleich dem ungarischen Reichstage eine Adresse an die Krone richte. Die Botschaftskrone habe so viel zu bedeuten, wie die Stephanskronen. Selbstverständlich wurde die Rede von den Gallerien mit kühnem Beifall aufgenommen. Auch der Abgeordnete Herold betonte, Böhmen dürfe nicht zu einer einsamen Provinz in dem Ländergemenge Oesterreichs herabsinken; man müsse schon deshalb ein selbstständiges Königreich Böhmen schaffen, um gegenüber dem Einfluß Ungarns das Gleichgewicht herzustellen.

Der Wiener Magistrat hat heute in Folge des Erlasses von Dr. v. Sautsch gegen die Lehrer-Abgeordneten bei dem Gemeinderath den energischen Antrag gestellt, daß künftig jeder Lehrer bei seiner Anstellung sich schriftlich verpflichten solle, auf seine Lehrstellung und alle Ansprüche zu verzichten, falls er sich beifallen läßt, eine Wahl in den Reichsrath, Landtag oder Gemeinderath anzunehmen.

Bern, 10. Januar. Der biserige Arbeiterverein hat sich nun in entschiedener Weise als Zweigverein der schweizerischen sozialdemokratischen Partei aufgethan.

In den Schützenkreisen geht man mit dem Plane um, das nächste eidgenössische Bundes-schießen nicht schon im Jahre 1889, sondern erst im Jahre 1890 abzuhalten, was ganz vernünftig wäre.

Der Bundesrath hat die Beschwerde der Katholiken von Lichtenfels gegen die Verschmelzung der katholischen und der reformirten Schule abgelehnt, da er bereits am 23. April 1875 beschlossen hatte, daß nach Art. 27 und 49 der Bundesverfassung die Trennung der öffentlichen Schulen nach Konfessionen nicht mehr fortbestehen könne. Damals schon wurde die St. Galler Regierung eingeladen, die kantonalen Schuleinrichtungen möglichst bald mit der Bundesverfassung in Einklang zu bringen. Indem sie die Vereinigung konfessionell getrennter Schulen schätzte, haben die St. gallische Regierung und der große Rath leblich die erwähnte Einladung gemäß gehandelt.

Paris, 11. Januar. Durch Beschluß des Kriegsministers wird der Oberst-Lieutenant Kornprobst vom 5. Artillerie-Regiment dem persönlichen Dienst des Präsidenten der Republik zugetheilt.

Paris, 11. Januar. Die Enthebung des Richters Bigneau von seiner Stelle als Untersuchungsrichter und dessen Verweisung vor den obersten Richterath erregt hier begreifliches Aufsehen, denn einmal sieht man mit Schrecken aus dem Sumpf der Wilsonschen Ordens-Angelegenheit im Geiste wieder neue üble Gewässer aufsteigen, und dann ist seit undenklichen Zeiten ein solcher Fall hier nicht vorgekommen. Der Fall Bigneau ist ein Beispiel dafür, daß alle scharfe juristische Feindschaft leicht scharf wird. Dieser sonderbare Untersuchungsrichter hatte die neueste Errungenschaft der Physik, den Fernsprecher, als Mittel anzuwenden, die Schuldigen zu überführen. Mittel Fernsprecher richtete er z. B. an den Angeschlagenen Legrand folgende Worte: „Ich bin Ihr Freund Wilson, thun Sie sich keinen Zwang an; Sie können mir Alles erzählen.“ Ein anderes Mittel wandte er dem Angeschlagenen Ribaud gegenüber an: er lud den früheren Sekretär Wilsons nach dem Verhör zum Frühstück ein, setzte mit ihm Champagner und ließ gleich darauf seinen Gast verhaften. Auch theilte Bigneau Jedem, der ihn hören wollte, alle Einzelheiten der Untersuchung mit. In Abwesenheit des ersten Präsidenten Perivier fand das erste Verhör Bigneaus vor dem ältesten Senats-Präsidenten des Pariser Appellationsgerichts statt, und daraufhin verfügte der Justizminister dessen Verweisung vor den obersten Richterath, der aus allen Kammern des Kassationshofes, des höchsten französischen Gerichtshofes, zusammengesetzt ist. In Folge der Maßregel gegen Bigneau muß die Untersuchung in dem Falle Wilson von Neuem beginnen. Die Absetzung Bigneaus giebt auch zu allerlei politischen Deutungen Anlaß, weil derselbe der Sohn des ehemaligen Verwalters der Güter der Prinzen von Orleans in Dreux ist.

Französische Empfindlichkeit haucht die Vorgänge im Florentiner Konsulat gerade wie die „Zwischenfälle“ an der deutschen Grenze zu einer Hauptaktion auf. Selbstverständlich erkennt man in der Erklärung der italienischen Regierung, den Prator (Richter) von Florenz nur dann zu verfehlen, wenn der dortige französische Konsul einen amtlichen Tadel erhalte, die Handchrift des Fürsten Bismarck. Ganz im Hochforstischen Tone leitet die „Justice“, Bismarck habe zweimal versucht, Frankreich herauszufordern, aber er habe zweimal Zugeständnisse machen müssen, um vor Europa nicht gar zu roh zu erscheinen. Dann habe er seinem geforschten Diener Crispi aufgetragen, für ihn zu handeln. „Und,“ so schließt das Blatt, „das früher so große Italien, das in die Hände dieses Mannes gefallene Land Garibaldi, Mancini und Cavours, hat den ihm gewordenen Befehl ausgeführt. Es ist das traurig . . . für Italien.“ Uebrigens wäre es mehr als vortheilhaft, wenn man dieser Sache, die sich auf die eine oder die andere Weise regeln wird, übertriebene Wichtigkeit beilegen würde, nachdem andere unendlich viel gefährlicher aussehende Vorfälle in friedlicher Weise beigelegt werden konnten.

Die drei republikanischen Kammergruppen verhandeln wieder einmal über ein Einigungsprogramm. Clemenceau scheint jetzt etwas beschreibener geworden zu sein. Die Opportunisten dagegen sind nach wie vor entschlossen, der Regierung die Gefolgschaft zu kündigen, sobald dieselbe radikale Neigungen durchblicken läßt. Präsident Carnot steht dem Treiben der Parteien mit ziemlicher Ruhe zu und ist entschlossen, als letztes Heilmittel, wenn nöthig, die Auflösung anzuwenden. Die Annahme des Budgets scheint gesichert zu sein, da die Rechte dasselbe annehmen will, falls das von Tirard berichtigte Kautschubget genehmigt wird.

Der sozialistische Deputierte Michelin wird morgen in der Kammer einen Antrag einbringen, der die Stetigkeit in den Ministerien des Krieges, der Marine und der äußeren Angelegenheiten dadurch sichern will, daß diese drei Minister von der Solidarität mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts entbunden werden und nur für ihre persönlichen Handlungen verantwortlich sein sollen. Merkwürdig bei der Sache ist, daß Mac Mahon hauptsächlich deshalb Greys weichen mußte, weil auch er diese drei Minister der ministeriellen Verantwortlichkeit entziehen wollte.

London, 11. Januar. Mit starker Beglückwünschung verzeichnet England das günstige egyptische Budget für 1888; die Ausgaben werden auf 9,576,000 £., die Einnahmen auf 9,600,000 £. veranschlagt, stellen also einen Ueberschuß von 24,000 £. in Aussicht. Dadurch ist zunächst das Eingreifen des internationalen Ausschusses abgewandt, der bei Fehlbeträgen in Wirksamkeit tritt, und zweitens erhält England

dadurch ein neues Anrecht auf seinen Verbleib im Pharaonenlande, wo es der schlimmsten Plage, der finanziellen Mißwirtschaft, ein Ende gemacht hat.

London, 10. Januar. Nichts einfacher und beschöner, als die gestrige Ueberführung der sterblichen Ueberreste des toten französischen Kaisers und seines Sohnes von Chislehurst nach Farnborough. Um 10 Uhr Morgens rückten drei Artilleristen von Woolwich mit zwei Lafetten an, auf welchen die Särge, bedeckt mit der Tricolore und Beilichentranz, nach der Bahn geschafft wurden. Monsignore Goddard hielt einen kurzen Trauergottesdienst ab; die Kaiserin Eugenie war durch Herrn Pietri und den jungen Herzog von Bassano vertreten; Polizisten aus Blackheath bildeten Spalier. Nach Ankunft des Sonderzuges in Farnborough um 1 Uhr bildete sich ein Trauerzug nach dem neugebauten Mausoleum, wo zwei Marmorarkophagen die Särge aufnehmen. Des Kaisers Sarg auf der Rechten trägt die Inschrift: „Napoléon III. R. I. P.“, und des kaiserlichen Prinzen Sarg auf der Linken die Worte: „Napoléon Prince Impérial, né à Paris, 16. Mars 1856, mort en soldat à Iroquois, Afrique Australe, 1. Juin 1879. R. I. P.“ Unter den Leidtragenden befanden sich der Herzog von Bassano, der Prinz Lucien Bonaparte, die Generale Wood und Drury-Lowe, Major Bigge, Stallmeister der Königin, verschiedene Offiziere der englischen Artillerie aus Woolwich, zu deren Regiment der Prinz gehörte. Wie ersichtlich, war das Ganze eine einfache Familienfeier, weit entfernt von jeder politischen Kundgebung im Interesse des vorläufig absterbenden Bonapartismus. Die musterhafte Haltung der Kaiserin Eugenie fand darin eine neue Bekräftigung. Der „Standard“, welcher heute der Sargübertragung einen warmen Leitartikel widmet, erinnert an den Wohlstand in Frankreich unter der Regierung des Mannes von Sedan und vergleicht damit die zerfahrenen Zustände der dritten Republik, die unter ihren Errungenschaften vorläufig nichts als ihr eigenes Dasein aufzuweisen habe.

#### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Januar. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin verleiht bekanntlich innerhalb der preussischen Monarchie und der Reichslande Elbisch-Lotzungen an weibliche Dienstboten, welche 40 Jahre ununterbrochen in derselben Familie gedient haben, eine Auszeichnung, welche in einem goldenen Kreuz nebst Diplom mit Allerhöchsteigener Unterschrift besteht. Eine Zusammenstellung der seit 10 Jahren vorgelassenen Fälle dieser Art ergiebt, daß vom 1. Januar 1877 bis Ende Dezember 1887 überhaupt 1452 Dienstboten-Auszeichnungen verliehen worden sind, davon in der Provinz Pommern mit einer Einwohnerzahl von 1,505,575: 61 Kreuze, also auf je 100,000 Einwohner 4.0.

An der Hand mehrfacher ganz räthselhafter Gasexplosionen, welche in der letzten Zeit von der Berliner Feuerwehr beobachtet worden sind, hat der Brand-Direktor Stude eine Reihe von Versuchen angestellt, welche zu einer ganz neuen Theorie über die Ursachen von Gasexplosionen geführt haben. Die Theorie selbst und die in Frage kommenden praktischen Erfahrungen werden von dem Brandmeister der Berliner Feuerwehr, Herrn Bruhns, in der neuesten Nummer des „Central-Bl. der Bauverw.“ entwickelt und klar gestellt. Bisher hat man wohl angenommen, daß Gasexplosionen entstehen, wenn Jemand mit nicht genügend verwehrtem Licht einen Raum, in welchem sich ausgebreitetes Leuchtgas befindet, betritt. Vielfach kommen nun aber auch Explosionen vor, bei denen solche unmittelbare Ursache gänzlich ausgeschlossen erscheint. Die vom Branddirektor Stude aufgestellte Theorie, welche Herr Bruhns durch praktische Erfahrungen erhärtet, geht nun im Allgemeinen dahin, daß man die Annahme aufgeben müsse, daß Gase „vollkommen elastisch“ sind und „keine Kohäsion“ besitzen, daß man vielmehr annehmen müsse, daß die kleinsten Theilchen des Leuchtgases eine, wenn auch nur ganz schwache Anziehungskraft aufeinander haben, vielfach sich auf rauen Wandflächen ablagern und eine Art von zusammenhängender Zündschnur bilden, welche oft da eine Explosion hervorruft, wo von einem unmittelbaren Herantreten mit Licht an die gaaen-strömende Stelle keine Rede ist. Indem Brandmeister Bruhns auf die große Bedeutung dieser Beobachtungen hinweist, spricht er die Vermuthung aus, daß die gewaltige Explosion in der neuen Bismarckmühle in Hameln vielleicht auch auf eine solche unsichtbare Zündschnur zurückzuführen ist.

Sarajate hat in Wien drei Konzerte gegeben, welche sämmtlich bei hohen Preisen ausverkauft waren. Die Gesamteinnahme der beiden ersten Konzerte, welche im großen Musikvereinsaal stattfanden, betrug nicht weniger als 8500 Gulden. — Das Programm in Sarajate's hier angekündigten Konzerte ist diesmal in einer ganz außerordentlichen Weise zusammengestellt. Der spanische Meister spielt eines der reizendsten Stücke von Schubert: Rondo brillant, ferner das Mendelssohn'sche Violin-Konzert, Legende von Wienawski und Bolero eigener Komposition. Frau B o r t h e M a r x, die berühmte Pariser Pianistin, bringt außerdem eine Reihe hochinteressanter Soloflüde zum Vortrag.

— Dem Kanonier Ludwig K r a g im 2. pomm. Feld-Artillerie Regiment Nr. 17 ist die Rettungs-Medaille am Bande verliehen worden.

— Den Schiffskapitänen A. S c h e n d und Ditto R a b i g e r hier selbst ist der großherlich

türkische Medschidje Orden fünfter Klasse verliehen worden.

— Die Verurteilung eines Grenzsteins zum eigenen Vortheil des Thäters mit dem Bewusstsein, daß er seinen Nachbar dadurch benachtheiligt, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 3. November v. J., aus § 274 Z. 2 („Mit Gefängnis . . . wird bestraft, wer einen Grenzstein . . . in der Absicht, einem Anderen Nachtheil zuzufügen, verrückt u.“) zu bestrafen.

#### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Macbeth.“

#### Bermischte Nachrichten.

— Zum neunzigsten Geburtstag des Kaisers hatten die Reichspost- und Telegraphenbeamten drei Rettungsboote gestiftet. Wie die „V. Verlehrs-Ztg.“ mittheilt, ist das erste derselben auf Langoog-Besland bereits in Dienst gestellt. Das Boot führt, dem Wunsche der Stifter entsprechend, den Namen „Reichspost“. Für das zweite im Bau befindliche Boot („Reichstelegraph“) ist Kolbergmünde als Aufstellungsort bestimmt; das dritte („General Postmeister“) wird einer Rettungskstation an der schleswig-holsteinischen Küste zugetheilt werden. Dem allgemeinen Interesse entsprechend, welches dieser Stiftung entgegengebracht wird, hat der Vorstand der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger am jüngsten Weihnachtstage ein Modell des Rettungsbootes „Reichspost“ nebst Transportwagen dem Staatssekretär Dr. von Stephan für das Reichspostmuseum zur Verfügung gestellt. Auf das Widmungsschreiben des Vorstehenden, Konsuls H. H. Meier in Bremen, ist nachstehende Antwort ergangen: „Ew. Hochwohlgeboren haben die Güte gehabt, mir mittelst gefälligen Schreibens vom 20. Dezember ein Modell des von Beiträgen der Post- und Telegraphenbeamten gestifteten Rettungsbootes „Reichspost“ für die Sammlungen des Postmuseums zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl nicht Zufall, daß die Gabe an dem heiligen Abend hier eintraf, welcher den Werken der Christenliebe alljährlich neue Weihe und Kraft verleiht. Sie haben damit den Zusammenhang befunden wollen, welcher zwischen Ihrem Wirken und dem echten, hülfsbereiten Christenthum besteht. Daß dieses dem gefährlichsten Berufe des Verkehrswezens gewidmete Wirken in den Kreisen der Post- und Telegraphenbeamten einen so weiten und werthvollen Widerhall fand, hatte mich mit lebhafter Freude erfüllt. In diesem Gefühl heiße ich jetzt Ihre Weihnachtsgabe für die Sammlungen des Postmuseums dankbar willkommen als ein schönes Zeugniß des uns alle verbindenden Geistes christlicher Nächstenliebe und Hülfe. Ich zweifle nicht, daß die Ausstellung des Modells bei vielen Besuchern des Museums den Samen ausstreuen wird zur Mittheilung an den erhabenen Zwecken der unter Ihrem Vorstoß so erfolgreich wirkenden Gesellschaft, eingedenk des Dichterswortes: „Gut sei der Mensch, hülfreich und gut.“ geg. von Stephan.“ Die Einreichung der bedeutungsvollen Zuwendung in die Sammlungen des Reichspostmuseums soll in diesen Tagen erfolgen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

#### Telegraphische Depeschen.

Posen, 13. Januar. Die heutige Konferenz der Vertreter des Handelsstandes und der Landwirthschaft der östlichen Provinzen beschloß, eine Petition an den Landtag zu richten, betreffend die Herabsetzung der Getreidefrachten auf den Eisenbahnen.

Köln, 13. Januar. Der „Köln. Ztg.“ zufolge steht die Abberufung des russischen Botschafters in Rom, Barons Urtuch, unmittelbar bevor, namentlich weil er seine Regierung über den Anschluß Italiens an den Nordbund ungenügend unterrichtet und es nicht verstand, Italien von Oesterreich fern zu halten.

Kassel, 13. Januar. In dem Prozeß Thümmel Wiemann wurden ersterer zu 6 Wochen, letzterer zu 10 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

Petersburg, 13. Januar. Der bisherige Vorwieser des Finanzministeriums, Geheimrath Wischnegradski, ist zum Finanzminister ernannt worden. Dem Minister des Innern, Grafen Tolstoi, ist der Wladimir Orden erster Klasse, dem Generalprokurator der heiligen Synode, Pobedonozhev, der Alexander-Newski Orden mit Brillanten verliehen worden. Die Verleihungsdiplome sind in sehr gnädigen Worten abgefaßt. Dem Ministern Ostrowski und Woronzow-Daschkow ist gleichfalls der Alexander-Newski-Orden mit Brillanten und dem Reichskontrolleur Soloki der Wladimir-Orden 1. Klasse verliehen worden.

Der Großfürst Alexei ist zum Admiral ernannt worden.

Der Unterrichtsminister macht bekannt, daß die Universitäten Petersburg, Moskau, Kasan, Charkow, Odessa nicht an dem üblichen Termin, das heißt am 15. (27.) Januar wieder eröffnet werden.

#### Wasserstands-Bericht.

Stettin, 13. Januar. Im Hafen 0,72 Meter, im Revier 1 Fuß 3 Zoll. Wind: NW. — Posen, 12. Januar. Warthe: 0,70 Meter. — Breslau, 12. Januar. Oberpegel 4,78 Meter, Mittelpegel 3,34 Meter, Unterpegel 0,28 Meter unter Null.